



Unsere Position: Klimagerechtigkeit jetzt! – EU-Ziele für 2030 müssen Klimakrise ernstnehmen

Die Lage ist ernst: Bis 2030 könnten wir die Atmosphäre unseres Planeten bereits dermaßen überlastet haben, dass wir eine unaufhaltbare Kettenreaktion auslösen. Das Minderungsziel der EU für 2030 ist daher von noch größerer Bedeutung als das Ziel für 2050. Ohne sofortiges entschiedenes Handeln ist die Klimakrise unaufhaltsam. Delfine in Venedig und klare Luft in Brüssel dürfen uns keine falsche Sicherheit geben, dass nach der oder sogar durch die Coronakrise alles gut wird. Die erhoffte "Rückkehr zur Normalität" wird nur von kurzer Dauer sein. Nichts ist gut. Wir befinden uns inmitten einer Gesundheitskrise, die eine ökonomische Krise nach sich zu ziehen droht. Wir müssen uns vor Reboundeffekten durch Konjunkturprogramme, die fossilen Industrien eine künstliche Lebensverlängerung geben, in Acht nehmen. Wir brauchen stattdessen massive Investitionen in emissionsarme, zirkuläre, inklusive Geschäftsmodelle. Es wird Lerneffekte aus der Coronakrise geben (dazu könnten weniger und emissionsärmere berufliche Reisen gehören, oder Normalisierung von Homeoffice). Diese werden sich jedoch danach nicht automatisch fortsetzen. Wir schlagen daher vor, dass die Kommission Erhebungen zu guten Praktiken plant und daraus Empfehlungen für die Union entwickelt, auch für den öffentlichen Sektor, und politische Anreize konzipiert.

Für die **Folgenabschätzung zum 2030-Klimaziel** schlagen wir weiterhin folgendes vor:

- Die Folgen sollten auch für die Ziele 60% und 65% erhoben werden. Es gibt keinen Grund, die Modelle nicht breit und ergebnisoffen anzulegen.
- Die Kommission sollte in diesem Rahmen darlegen, was sie für den fairsten Beitrag der Union zum Paris-Abkommen ansieht, dem grundlegenden Prinzip der Equity gemäß. Dies halten wir für essentiell vor dem Hintergrund der historisch ungleichen Beiträge zur Klimakrise und der auch heute noch global sehr stark vom Einkommen abhängenden Emissionen. Für eine offene Debatte mit anderen Emittenten muss man sich selbst ehrlich machen.
- In der Folgenabschätzung sollten Chancen ambitionierter Klimapolitik für ökonomische und soziale Gerechtigkeit erhoben und Maßnahmen identifiziert werden, diese zu realisieren:
 - Wie können z.B. effizientere Gebäudeheizung und -kühlung unteren Einkommen zugutekommen, wie kann der Öffentliche Verkehr gerecht ausgebaut werden, wie wird emissionsarme Individualmobilität zur Norm für alle und für untere Einkommen gefördert? Wir ermutigen die Kommission auch dazu, die Ungleichverteilung von Emissionen in Abhängigkeit vom Einkommen zu erheben (siehe ¹) und mögliche Maßnahmen dagegen zu untersuchen (z.B. Vielfliegersteuern).

¹ <https://www.bbc.com/news/business-51906530>

- Wie sind Maßnahmen der Anpassung zu gestalten, die allen ökonomischen Schichten überall zugutekommen: Wie wird der arme Rentner in Spanien vor der Hitzewelle geschützt, wie werden vor Überflutung bedrohte Gebiete sozial gerecht geplant, wie werden Sozialwohnviertel geschützt vor Hitzeinseln gebaut?
- Wie werden die Chancen gerecht verteilt, die sich aus der wirtschaftlichen Transformation ergeben: Wie können Menschen mit verschiedenen Bildungshintergründen von Re- und Upskillingprogrammen profitieren, wie wird Arbeit inklusiver gestaltet, wie werden soziale Berufe bessergestellt?
- Feste Zwischenziele und Reduktionspfade der Mitgliedstaaten müssen Eingang in die Planungen zum Klimagesetz finden und mit einer entsprechenden Durchdeklinatation bis 2050 Fort- und Rückschritte transparent machen.
- Zu den aktualisierten Nationalen Energie- und Klimaplänen sollte die Kommission erheben, wie die Pläne für die jeweils untersuchten Ziele durch die Mitgliedsstaaten jeweils nachzubessern wären. Zudem sollten legislative Möglichkeiten beschrieben werden, um diese Nachbesserungen zu kontrollieren und zu sanktionieren.
- Wir fordern die Kommission auf, im Monitoring auf Unions- und Mitgliedsstaaten-Ebene auch Verteilungseffekte der Klimapolitiken zu berücksichtigen und dafür einen Indikatorrahmen zu erarbeiten."

Um ehrgeizige Klimaziele zu erreichen, brauchen wir wirkliche Verkehrs-, Energie- und Agrarwenden und nicht nur technical fixes und mehr Effizienz. Für **die EU-Klimaziele 2030** schlagen wir daher folgendes vor:

- Wir brauchen ein ehrgeizigeres Ziel als das von der Kommission maximal vorgeschlagene Ziel von 55%.
- Alleine effizienterer Individualverkehr und technischer Fortschritt werden nicht reichen, wir brauchen einen grundlegenden, öffentlich gesteuerten Wandel hin zu öffentlichem Transport, der für alle erreichbar und erschwinglich ist, sowie die Ermöglichung von aktiven Mobilitätsformen.
- Die Gemeinsame Agrarpolitik muss endlich den Zielen des Green Deals dienen.
- Atomstrom darf keineswegs als grüner Strom gezählt werden und ist für uns kein Mittel auf dem Weg zur Klimaneutralität.
- Die EU muss sicherstellen, dass öffentliches Geld, das in fossile Brennstoffe investiert ist, deinvestiert wird in treibhausgasarme Anlagen.
- Wir fordern die Kommission auf, im Monitoring auf Unions- und Mitgliedsstaaten-Ebene auch Verteilungseffekte der Klimapolitiken zu berücksichtigen und dafür einen Indikatorrahmen zu erarbeiten.
- Wir fordern die Kommission auf, ein Carbon Budget zu formulieren und in die Gesetzgebung einfließen zu lassen - reine Jahresziele genügen nicht.